

Pressemitteilung

Leipzig, Dresden den 09. Oktober

Nr. 08-2018

GEW und DGB fordern Verzicht auf Online-Hetze gegen Lehrkräfte

Dresden, 09. Oktober 2018: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordern von der AfD den Verzicht auf eine geplante Internet-Meldeplattform für Lehrkräfte in Sachsen. Nach Medienberichten stellt die Partei Überlegungen an, angebliche Verstöße gegen die politische Neutralität online zu sammeln.

„Die Aufforderung an Schülerinnen und Schüler ihre Lehrkräfte zu denunzieren, verurteilen wir auf das Schärfste. Wir fordern die Landtagsfraktion der AfD auf, darauf vollständig zu verzichten.“, verlangten Uschi Kruse (GEW-Landesvorsitzende) und Markus Schlimbach (DGB-Vorsitzender Sachsen).

Eine Denunzianten-Homepage gegen sächsische Lehrkräfte zielt auf die Instrumentalisierung von Schülerinnen und Schülern für parteipolitische Ziele. Schon aus diesem Grund darf sie nicht in die Tat umgesetzt werden.

„Wer in der Politik diskriminierende, rassistische oder demokratiefeindliche Positionen vertritt, muss damit rechnen, dass Lehrkräfte dies im Unterricht aufarbeiten. Das ist ihre Aufgabe nach dem Grundgesetz, der Verfassung des Freistaates Sachsen und dem Schulgesetz. Lehrerinnen und Lehrer sind verpflichtet, kritisches Denken zu stärken und nicht zu unterdrücken“, betonte Uschi Kruse.

DGB und GEW stehen solidarisch an der Seite der Beschäftigten an den Schulen und sichern umfassende Unterstützung in möglichen Auseinandersetzungen zu, sagten Kruse und Schlimbach abschließend.

Nachfragen möglich unter: 0172 3504386 (Uschi Kruse)

Diese Pressemitteilung kann im Internet abgerufen werden unter: www.gew-sachsen.de/presse